

HOCHSCHULE NACHRICHTEN



3. Jahrgang

Karl-Marx-Stadt, Dezember 1960

Nummer 7

Das Arbeitsgesetzbuch der DDR Ausdruck der sozialistischen Demokratie

Wenn es überhaupt noch eines Beweises bedurfte, daß in der Deutschen Demokratischen Republik — wie Genosse Walter Ulbricht in der historisch und politisch so bedeutsamen Staatsratsklärung am 4. Oktober 1960 im Rahmen seiner grundsätzlichen Feststellungen zur gesellschaftlichen Rolle des sozialistischen Rechtes nachdrücklich unterstrich — die Werktätigen selbst das neue Recht, ihr Recht nämlich, schaffen und gestalten; mit der gleichen Initiative, Kraft

von K.-H. Ludwig

und Umsicht wie sie auch ihren eigenen Staat, die Deutsche Demokratische Republik, geschaffen haben, dann ist dieser Beweis in sehr überzeugender Form mit der Erarbeitung und Behandlung des Entwurfes zu einem sozialistischen Arbeitsgesetzbuch erneut erbracht worden. Die Entstehung und Weitergestaltung dieses Entwurfes zeigt sehr deutlich, daß und wie die sozialistische Demokratie das neue Recht bestimmt. Viele Bürger unseres Staates aus den verschiedensten Berufsgruppen nahmen in enger Zusammenarbeit mit der unter Leitung des Genossen Walter Ulbricht tätigen Kommission unmittelbaren Anteil an der Erarbeitung dieses Entwurfes. Es sind nicht wenige gründliche Beratungen in diesem Kreis geführt worden, ehe das gemeinsame Werk allen Werktätigen zur großen Aussprache übergeben werden konnte. Und nun erörtern seit Wochen bereits die Menschen in den Betrieben, Verwaltungen, wissenschaftlichen Einrichtungen, und wo auch immer sie ihre beruflichen Pflichten erfüllen; ihr Arbeitsgesetzbuch. Sie tun das in voller Erkenntnis und Anwendung des ihnen unter den Bedingungen unseres Arbeiter- und Bauern-Staates zustehenden entscheidenden Grundrechtes, das die Mitwirkung an der bewußten Gestaltung des gesamten gesellschaftlich-staatlichen Lebens in der Deutschen Demokratischen Republik sichert. Die Werktätigen un-

seres Staates erkennen immer deutlicher, daß ein solch umfassend-demokratisches Recht wie die faktische Teilnahme an der Leitung von Staat und Wirtschaft den Volksmassen nur in einem Staat zustehen kann, in dem die Werktätigen unter Führung der Partei der Arbeiterklasse und der Staatsmacht der Arbeiter und Bauern die Gesellschaftsordnung der von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Menschen mit den zutiefst humanen Zielen eines sozial gesicherten Lebens in Frieden und wahrer Freiheit aufbauen. Viele unserer Werktätigen sehen auch immer klarer den tiefen Zusammenhang zwischen den sozialistischen Rechtsnormen und der gesellschaftlichen Entwicklung zum Sieg des Sozialismus im ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat, der in konsequenter Erfüllung der für ein friedliches und demokratisches Deutschland verbindlichen historischen und völkerrechtlichen Verpflichtungen heute und in Zukunft nicht nur ein Friedensstaat, sondern vor allem auch der einzig rechtmäßige deutsche Staat überhaupt ist. Deshalb benutzen sie die Diskussion um das neue Arbeitsgesetzbuch nicht nur, um an der weiteren Gestaltung des Werkes teilzunehmen und um ihr ideologisches Verstehen der gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erweitern, zu vervollkommen. Für sie wird es zur Selbstverständlichkeit, noch bewußter, teilzunehmen an der großen Kraftentfaltung zur

(Fortsetzung auf Seite 4)



Zum Kampf der unterdrückten und unabhängigen Länder um ihre staatliche und ökonomische Unabhängigkeit

Von Erika Dedekind

In den letzten 15 Jahren haben sich in der ganzen Welt große gesellschaftliche Veränderungen vollzogen. Ein ganzes System sozialistischer Staaten ist entstanden, das heute in immer stärkerem Maße zum ausschlaggebenden Faktor in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wird. In der Moskauer Erklärung der Kommunistischen und Arbeiterparteien vom Jahre 1960 kann deshalb festgestellt werden:

„Unsere Epoche, deren Hauptinhalt durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleitete Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist, ist die Epoche des Kampfes der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme, die Epoche der sozialistischen Revolutionen und der nationalen Befreiungsrevolutionen, die Epoche des Zusammenbruchs des Imperialismus und der Liquidierung des Kolonialsystems, die Epoche des Übergangs immer neuer Völker auf den Weg des Sozialismus und Kommunismus im Weltmaßstab.“

Diese Feststellung wird bewiesen durch das Entstehen von ca. 40 neuen souveränen Staaten in Asien und Afrika nach 1945, durch den Sieg der Volksrevolution auf Kuba, durch den erfolgreichen ant imperialistisch-nationalen Aufstand im Irak. Zum ersten Male erhoben auch die jungen Nationalstaaten auf der 15. UNO-Vollversammlung ihre Stimme für die Freiheit der noch kolonialen und abhängigen Völker. Nicht nur in Asien und Afrika erhoben sich die Völker zum Kampf gegen das verhasste Kolonialjoch, sondern auch in den lateinamerikanischen Ländern bildete sich eine aktive Kampffront gegen den Imperialismus heraus. Immer klarer zeichnet sich in der Weltpolitik ab:

„Der volle Zusammenbruch des Kolonialismus ist unabwendbar. Der Zerfall des Systems der Kolonialklaverei unter dem Ansturm

der nationalen Befreiungsbewegung ist in seiner historischen Bedeutung die wichtigste Erscheinung nach der Entstehung der sozialistischen Weltsystems.“ (Moskauer Erklärung, ND v. 6. 12. 1960).

Der Kampf der jungen Nationalstaaten und der Völker in den kolonialen und abhängigen Ländern um ihre wirtschaftliche, staatliche und politische Unabhängigkeit, für den sozialen Fortschritt und Demokratie findet bei allen sozialistischen Ländern nicht nur breiteste Anteilnahme, sondern vor allem jede Unterstützung in moralischer und materieller Hinsicht. Diese Unterstützung ist nicht eine Frage der Taktik der Kommunistischen und Arbeiterparteien in der nationalen Frage, sondern entspricht zutiefst dem Wesen des Sozialismus, den Hauptprinzipien des Marxismus-Leninismus in der nationalen Frage. Die Erziehung der Menschen unserer Epoche geschieht im Geiste des proletarischen Internationalismus und der brüderlichen Solidarität mit allen um ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völkern. Auch in dieser Beziehung wird das tiefe humanistische Anliegen des Marxismus-Leninismus sichtbar. Dieses große humanistische Anliegen kann in unserer Epoche nur durch die Arbeiterklasse hervorgebracht und verwirklicht werden. Das kommt zum Ausdruck in der Deklaration über die Beseitigung des Kolonialreiches, die durch den Genossen N. S. Chruschtschow der 15. UNO-Vollversammlung vorgelegt wurde.

Mit großer Sorge sehen die imperialistischen Regierungen ihren Einfluß in den kolonialen und abhängigen Ländern schwinden und sie unternehmen große Anstrengungen, um das Voranschreiten der Völker auf dem Wege der nationalen Unabhängigkeit zu verhindern bzw. zu verlangsamen.

(Fortsetzung auf Seite 5)

WIE DER STAAT SO DIE GESetze

In der DDR

garantieren die Arbeiter- und Bauern-Macht und das Volkseigentum erstmalig in der Geschichte Deutschlands die Rechte und Freiheiten der Werktätigen.

Im Arbeitsgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik, dessen Entwurf jetzt in allen Betrieben diskutiert wird, heißt es zum Beispiel im Paragraphen 38:

„Jeder Werktätige hat, unabhängig von Alter, Geschlecht, Nationalität, Rasse und Religion, das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeitsleistung.“

In der Westzone

bringt das Ausbeuter- und Militaristensystem den Arbeitern Existenzunsicherheit, Raubbau an ihrer Arbeitskraft und Einschränkung ihrer ohnehin geringen Rechte. Nur ein Beispiel:

Die arbeitende westdeutsche Frau erhält bei gleicher Arbeitsleistung rund 40 Prozent weniger Lohn bzw. Gehalt als ihr männlicher Kollege. In ähnlicher Weise ergeht es den Jugendlichen.

In Großbritannien

ebenso wie in allen kapitalistischen Staaten ist darum das Arbeitsgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik mit großer Aufmerksamkeit und Genugtuung aufgenommen worden.

Der Präsident der britischen Elektrikergewerkschaft (ETU), Frank Faulkes, der sich gegenwärtig in der DDR aufhält, erklärte:

„Der Arbeitsgesetzbuch-Entwurf der DDR ist das Vorbild für den Kampf der britischen Arbeiter, da hier das Recht auf Arbeit und der gesetzliche Schutz der Arbeiter verankert sind. In unserem Land kämpfen wir seit vielen Jahren für die Verwirklichung dieser Rechte, die sind aber bis jetzt nur Lösungen geblieben.“

Zur Moskauer Erklärung 1960

Im November 1960 fand eine Beratung von Vertretern der Kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau statt. Eines der wichtigsten Ergebnisse dieser Beratung ist das Dokument „Erklärung der Beratung von Vertretern der Kommunistischen u. Arbeiterparteien.“ Die große politische und historische Bedeutung dieses Dokumentes besteht darin, daß es zu allen entscheidenden Fragen unserer Zeit Stellung nimmt — und Antwort darauf gibt. Diese Erklärung stellt eine Weiterentwicklung und Konkretisierung der „Erklärung der Beratung von Vertretern der Kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder“ vom November 1957 dar.

Die Erklärung vom November 1960 gibt eine „neue Einschätzung der Entwicklung in der Welt“, definiert den Charakter unserer Epoche als den „durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleiteten Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus... im Weltmaßstab.“

Die Erklärung weist nach, daß trotz der Größe der Kriegsgefahr die Möglichkeit der Verhinderung von Kriegen besteht, zeigt die Kräfte, die im Stande sind, diese Aufgabe zu lösen und nennt die konkreten Maßnahmen — auch für das deutsche Volk — um die Gefahr des nuklearen Krieges zu bannen. In der Erklärung wird erneut auf die Politik der friedlichen Koexistenz, als des entscheidenden Mittels und Prinzips zur Lösung der historisch herangereiften Aufgaben, orientiert.

Die wichtigste, entscheidendste und führende Kraft, die allein im Stande ist, Arbeiter, Bauern, In-

tellektuelle, progressive bürgerliche Kräfte im Kampf zu führen, die im Stande ist, der historischen Notwendigkeit zum Siege zu verhelfen und aus der Möglichkeit Wirklichkeit werden zu lassen ist, die 36 Mill. Menschen umfassende kommunistische Weltbewegung, die „zur einflußreichsten politischen Kraft unserer Zeit, zum wichtigsten Faktor des gesellschaftlichen Fortschritts geworden“ ist.¹ Die Imperialisten, besonders die der USA und Westdeutschlands, spekulierten auf die Uneinigkeit dieses Faktors. Die stattgefundenen Beratung war eine einzige Enttäuschung für diese Spekulationen. Noch nie ist die Möglichkeit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung so fest, stark und unerschütterlich gewesen, wie gegenwärtig.

Diese Einheit ist der Unterpfand unseres schließlichen Sieges. Jetzt kommt es darauf an, schnell und gründlich das Studium der vorliegenden Dokumente aufzunehmen. Jeder Angehörige unserer Hochschule erhält Antwort auf die ihn bewegenden Fragen und für jeden, gleich ob Student, Wissenschaftler, Arbeiter oder Angestellter sind diese Dokumente Arbeitsrichtlinie. Nur wer die Grundfragen unserer Zeit richtig beantwortet, die Perspektive — auch die eigene — richtig sieht, kann den Anforderungen der Zeit gerecht werden.² Hans Lohse

1 ND 6. 12. 1960
2 Walter Ulbricht, Der Kampf der Genossenschaftsbauern... ND 10. 12. 1960
3 Erklärung der Beratung... ND 6. 12. 1960
4 Vorliegender Artikel wurde vor Erscheinen des „Appells an alle Völker der Welt“ angefertigt